

*#Lassunsreden*

**JUGEND**

**ZEIT**

**PERSPEKTIVPAPIERE DER**

**AG EIGENSTÄNDIGE**

**JUGENDPOLITIK**

**SACHSEN**

**IV. FACHPOLITISCHES HEARING:  
#LASSUNSREDEN – JUGENDZEIT.**

2016

## Eigenständige Jugendpolitik

Die Jugend als eigenständige Lebensphase mit spezifischen Chancen und Herausforderungen markiert den Leitgedanken für die Ausgestaltung einer Eigenständigen Jugendpolitik. Sie muss eine Politik für alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen sein, muss unterschiedliche Lebensentwürfe, Lebenswelten und Bedürfnisse anerkennen, respektieren und fördern.

Dieser Herausforderung stellt sich die JUST Jugendstiftung Sachsen gemeinsam mit örtlichen und überörtlichen Träger der sächsischen Kinder- und Jugendhilfe. Ziel der gemeinsamen Arbeit ist die Entwicklung und Erstellung von Perspektiven für eine Eigenständige Jugendpolitik in Sachsen. Hierfür fokussieren wir in Veranstaltungen auf die zentralen Lebensbereiche und Lebenswirklichkeiten junger Menschen, diskutieren mit Expert/innen und Jugendlichen, interessierten Fachkräften und Akteuren das Thema Jugend, werten die Ergebnisse in der AG „Eigenständige Jugendpolitik Sachsen“ aus und verdichten Schwerpunkte zu Perspektivpapieren für die fachpolitische Diskussion.

Seit 2015 wird dies in einem eigenständigen Veranstaltungsformat gebündelt – „#lassunsreden-Jugendzeit“ als in wechselnden, sächsischen Orten stattfindende, thematische Gesprächsreihe. Auf Basis der Ergebnisse und deren Bewertung entstehen Perspektivpapiere mit dezidiert sächsischem Blick.

Die Arbeitsergebnisse bringen wir in die politische Debatte ein und beziehen uns hierbei auf die Formulierungen des Koalitionsvertrags (S. 51) zwischen sächsischer CDU und SPD: *„Jugend ist eine eigenständige Lebensphase. Daher wollen wir unter Einbeziehung von Vereinen, Verbänden und Kommunen die eigenständige Jugendpolitik für Sachsen weiterentwickeln.“*

## Arbeitsgruppe Eigenständige Jugendpolitik Sachsen

Die Projektumsetzung „#lassunsreden-Jugendzeit“ wird trägerübergreifend in der Arbeitsgruppe „Eigenständige Jugendpolitik Sachsen“ koordiniert und fachlich begleitet. Aktuell wirken an der Arbeit der AG „Eigenständige Jugendpolitik Sachsen“ die folgenden örtlichen und überörtlichen Träger der Sächsischen Kinder- und Jugendhilfe mit.

- Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz; Landesjugendamt
- Stadt Chemnitz; Amt für Jugend und Familie
- Stadt Leipzig; Amt für Jugend, Familie und Bildung
- Landkreis Nordsachsen; Jugendamt
- Evangelische Akademie Meißen
- AGJF Sachsen e. V.
- Kinder- und Jugendring Sachsen e. V.
- Deutsche Kinder- und Jugendstiftung; Regionalstelle Sachsen
- Sächsische Jugendstiftung
- JUST – Jugendstiftung Sachsen; Fachstelle Freiwilligendienste
- Landesjugendpfarramt/Ev.-Luth. Landeskirche Sachsen
- Sächsische Landjugend e. V.

---

## Fachpolitisches Hearing: #Lassunsreden – Jugendzeit.

*Eine Eigenständige Jugendpolitik ist Zukunftspolitik für unsere Gesellschaft und Gegenwartspolitik für junge Menschen. Das fachpolitische Hearing stellt die Ergebnisse und Handlungsanregungen des Dialogprozesses #lassunsreden-Jugendzeit zur Diskussion mit Politik, Verwaltung, Fachkräften und Jugendlichen.*

Datum: 18. Oktober 2016, 16:00 Uhr

Ort: Bärenzwinger, Brühlscher Garten 1, 01067 Dresden

Mit etwa 50 Teilnehmer/innen sowie der Sächsischen Sozialministerin Barbara Klepsch wurden die Aspekte und Facetten einer Eigenständigen Jugendpolitik in Sachsen diskutiert und Arbeitsschritte für den weiteren Entwicklungsprozess vorgestellt. In der nachfolgenden Zusammenfassung sind die wesentlichen Diskussionsergebnisse dargestellt.

---

## Perspektive auf und Motivation für eine Eigenständige Jugendpolitik

Mit dem Konzept für eine Eigenständige Jugendpolitik (EJP) soll die Lebensphase Jugend wieder stärker in den Mittelpunkt von Politik gestellt werden. Diese Entwicklungsphase ist in der politischen Betrachtung in den vergangenen Jahren vernachlässigt wurden. Im Kern sollte es daher um die Frage gehen, wie eine Balance zwischen einerseits den Anforderungen der Gesellschaft an Jugendliche und andererseits deren subjektiven Bedürfnissen und Erwartungen erreicht werden kann. Dies bedeutet in der aktuellen Situation sich verstärkt darüber Gedanken zu machen, wie wir unsere Gesellschaft stärker an den Bedürfnissen von Jugendlichen ausrichten können. Damit geht eine andere Form der Mitbestimmung und Einbeziehung junger Menschen einher, um deren Perspektiven und Vorstellungen in der politischen Debatte sichtbar und wirkmächtig zu machen.

Das Eckpunktepapier des Landesjugendhilfeausschuss<sup>1</sup> markiert wichtige Themen und Handlungsfelder, die in der Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik zu berücksichtigen sind. Gleichzeitig wird in der Formulierung von offenen Entwicklungszielen, die vielmehr Prozessqualitäten beschreiben, deutlich, dass diese Aufgabe einer langfristigen, einer gemeinsamen und vor allem einer ganzheitlichen Entwicklungs- und Umsetzungsstrategie bedarf. Eine Eigenständige Jugendpolitik muss als ressortübergreifende Querschnittsaufgabe gedacht, konzipiert und getragen werden.

Der Ansatz einer Eigenständigen Jugendpolitik eröffnet die notwendige Breite im gesellschaftlichen Diskurs, um junge Menschen in ihrer ganzen Vielfalt in den Blick zu nehmen und die teilweise primär defizitorientierte Betrachtung sowie entsprechende Handlungsansätze grundsätzlich zu überprüfen. Alle Jugendlichen benötigen die Möglichkeit, das heißt Ressourcen, Kompetenzen und gesellschaftliche Rahmenbedingungen, um teilhaben und in ein selbstbestimmtes Leben starten zu können. Die Realität in unserer Gesellschaft weist jungen Menschen jedoch unterschiedliche Startchancen zu, so dass auch die Aspekte der Befähigung und Unterstützung wichtige Säulen einer Eigenständigen Jugendpolitik bleiben und Instrumente entwickelt werden müssen, um diese Ungerechtigkeiten auszugleichen.

---

<sup>1</sup> [http://www.sms.sachsen.de/download/Verwaltung/lja\\_Eckpunktepapier\\_EigenstJugPolitik.pdf](http://www.sms.sachsen.de/download/Verwaltung/lja_Eckpunktepapier_EigenstJugPolitik.pdf)

## Anforderungen an eine Eigenständige Jugendpolitik in Sachsen

Seitens der Vertreter/innen der Landespolitik wie auch im fachpolitischen Diskurs wird als zentrales Element der Entwicklung und Umsetzung einer EJP die Verbesserung von Teilhabe und Beteiligung Jugendlicher formuliert. Die gemeinsame Zielsetzung besteht darin, junge Menschen stärker in die politischen Prozesse einzubinden, sie stärker in den sozialen Nahräumen sowie in ihren Lebenswelten zu beteiligen. Dieser Anspruch richtet sich demnach nicht nur auf die Mitgestaltung und Mitbestimmung in kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen, sondern er bezieht bspw. Verteilungs- und Nutzungsfragen des öffentlichen Raums ebenso ein wie demokratische Strukturen und Kulturen in schulischen und außerschulischen Lebenswelten junger Menschen. Hier muss es gemeinsames Ziel sein, positive Demokratieerfahrungen und positive Beteiligungserfahrungen von Anfang an zu ermöglichen, um die Grundlagen für eine vitale, demokratische Gesellschaft zu erhalten und zu verbessern.

Eine politische Zielsetzung auf Ebene des Freistaats Sachsen stellt die jugendpolitische Initiative zur Änderung der Gemeindeordnung dar. Hierbei wird angestrebt, die derzeitige Kann-Formulierung zur Beteiligung von jungen Menschen an kommunalen Entscheidungen in eine Soll-Bestimmung zu überführen. Diese formale Änderung wird lokale Akteure zur Auseinandersetzung mit dieser Anforderung auffordern und mittelfristig zu einer wachsenden Bereitschaft führen, Wege und Formate auszuprobieren. In diesem Prozess werden vor allem gute Beispiele anderer Gemeinden und Städte zu einer steigenden Akzeptanz und Erprobung von Beteiligungsansätzen führen.

Natürlich benötigen die Kommunen, ebenso wie Schulen, Organisationen der Jugendhilfe oder Verbände des Sports fachliche Begleitung und Hilfestellung in der Realisierung und vor allem in der Öffnung und Stabilisierung von Beteiligungsspielräumen. Hier wirken Sensibilisierungs- und Bildungsveranstaltungen ebenso wie Erprobungsprozesse und Coaching unterstützend. Entsprechende fachliche Strukturen und Angebote auf der Landesebene sind zu erhalten und in ihrer Regionalisierung zu unterstützen, um vor Ort effektiv wirksam zu werden, Bürgermeistern wie Fachkräften Hilfestellung an die Hand zu geben und lokale Akteure zu vernetzen. Die entscheidenden Zielmarken in diesen Prozessen sind Wissens- und Erfahrungstransfer, Empowerment der lokalen Akteure und Strukturen sowie die Initiierung nachhaltiger Netzwerke und Verantwortungsgemeinschaften für junge Menschen.

In die Ausgestaltung einer EJP in Sachsen auf dem Weg zu einer jugendgerechten Gesellschaft müssen sich Vertreter und Verantwortliche des Systems Schule stärker und grundlegender als bisher einbringen. Schule nimmt in der Gestaltung des Alltags junger Menschen einen enormen zeitlichen, emotionalen und kognitiven Stellenwert ein. Der wachsende Ausbau von Ganztagsangeboten an und in Schule, die Verbindung außerschulischer Projekte mit dem Lernort Schule sowie die gesellschaftliche Aufmerksamkeit auf Schule dehnt deren Bedeutung im Leben der Jugendlichen enorm aus. Insofern gilt es Wege und Möglichkeiten zu erproben und zu implementieren, um den Bildungsort Schule schrittweise zum Bildungs- und Lebensort Schule weiterzuentwickeln und lebensweltliche Bedürfnisse junger Menschen als neue Qualitäten und Merkmale zu integrieren.

Der digitale Wandel, das veränderte Kommunikationsverhalten (nicht nur) junger Menschen, die Veränderungen in der Bildungs-, Arbeits- und Berufswelt usw. hält neue, teilweise noch nicht endgültig erfasste Herausforderungen für die Medienkompetenzentwicklung von Fachkräften und für die Gestaltung von formalen, non-formalen und informellen Bildungsprozessen parat. Eine bewusste Analyse dieser Prozesse sowie eine Hinwendung zu dieser gesellschaftlichen Transformation sollte Bestandteil der Diskussionen um eine Eigenständige Jugendpolitik sein.

## **Eigenständige Jugendpolitik in den Orten Sachsens**

Jugendpolitik vollzieht sich nicht nur auf Landesebene, sie vollzieht sich vielmehr und vor allem spürbar für junge Menschen in den Städten und Gemeinden, in denen sie leben. Daher stellt sich im weiteren Entwicklungsprozess die Notwendigkeit, die Diskussion genau da hin zu tragen, lokale Verantwortungsträger und zuvorderst Bürgermeister/innen für diesen Weg zu gewinnen. Jugendpolitik wird in den Kommunen entschieden oder gar nicht.

Bürgermeisterinnen und Bürgermeister vor Ort, deren Verwaltung und zivilgesellschaftlichen Partner stehen in der Verantwortung, Mittel und Wege zu entwickeln, um zu erfahren, was die Jugendlichen brauchen, um das Leben in der Stadt, in der Gemeinde jugendgerechter zu gestalten. Da gibt es nicht die universelle Lösung, die einmal entwickelt von einer Stadt, von einer Kommune auf die Andere kopiert werden könnte. Es muss vor Ort erprobt werden, muss vor Ort mit den interessierten Erwachsenen und jungen Menschen entstehen.

Seitens der Bürgermeister/innen und Gemeinderäte sollte am politischen Konsens gearbeitet werden, dass diese Prozesse nicht in erster Linie über finanzielle Mittel zu bewerten sind, sondern das Jugendbeteiligung, Jugendpolitik, Mitmachen der Jugendlichen in der Gemeinde, in der Stadt eine Selbstverständlichkeit wird. Junge Menschen benötigen in ihrer schrittweisen Aneignung gesellschaftlicher Praxis Erprobungsmöglichkeiten, benötigen Freiräume und Experimentiergelegenheit, verdienen Vertrauen und Unterstützung.

Für konkrete Beteiligungsprozesse vor Ort bedeutet dies auch die Möglichkeit des Scheiterns und des Fehlschlags sowie die Option der Nicht-Beteiligung junger Menschen. Um hier möglichst viele Jugendliche aktivieren, ansprechen, motivieren und einbinden zu können, ist es von enormer Wichtigkeit, dass die Formate und Formen zu den jungen Menschen passen, gemeinsam entwickelt, angepasst und fortgeschrieben werden. Ebenfalls von zentraler Bedeutung ist die Sicht- und Spürbarkeit des Engagements. Kommunale Jugendpolitik und Jugendbeteiligung muss sich in nachvollziehbaren zeitlichen Kontexten abspielen und auf wirksame Ergebnisse ausgerichtet sein.

Notwendig sind lokale Ansprechpartner/innen bzw. Beauftragte, die im Sinne eines Scharniers zwischen der Jugend und der Erwachsenenwelt vermitteln, Begegnungen initiieren und Kontinuität absichern. Wie dies konkret umgesetzt und angebunden werden kann, sollte vor Ort anhand vorhandener Netzwerke, Erfahrungen und Schnittstellen entschieden werden. Aus einer kontinuierlichen Arbeit und Ansprechbarkeit entwickeln sich Zugänge, Beziehungsmuster und Gelegenheiten, an denen jugendpolitisch interessierte und für Engagement bereite Jugendliche andocken.

Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen, dass der gegenseitige Erfahrungs- und Informationsaustausch hilfreiche Anknüpfungspunkte und Zugänge bietet. Welche Wege haben andere sächsische Kommunen in Sachen Beteiligung schon beschritten? Für welche(s) der vielen möglichen Formate kommunaler Jugendbeteiligung wurde sich entschieden und aus welchen Gründen? Diese und weitere Fragen ermöglichen einen niedrighwelligen Zugang zum Thema und adressieren im Sinne von Perspektivenvielfalt Erwachsene und junge Menschen gleichermaßen.

## **Auf dem Weg zur Eigenständigen Jugendpolitik in Sachsen**

Das bereits erwähnte Eckpunktepapier des Landesjugendhilfeausschuss verdichtete die jugendpolitischen Diskussionen seit 2013 und diente als Grundlage für das fachpolitische Hearing mit Vertreter/innen der Jugendhilfe, der Wohlfahrtsverbände, der (kommunalen) Verwaltung und der sächsischen Jugendpolitik.

Diesen Dialog- und Entwicklungsprozess gilt es zu verstetigen und auszuweiten. Für eine ganzheitliche Formulierung und Gestaltung einer EJP in Sachsen muss der Blick in andere gesellschaftliche Bereiche gerichtet werden, um weitere Partner für dieses Thema zu gewinnen und miteinander zu diskutieren, welche Anregungen beispielsweise die Bereiche Inneres und Ordnung oder Wirtschaft und Arbeit für eine jugendgerechte Gesellschaft beisteuern können.

Durch das Sächsische Staatsministerium für Soziales wurde als eine Ableitung aus den Anforderungen des Eckpunktepapiers zur EJP eine innerministerielle Arbeitsgruppe (IMAG) gegründet, die eine ressortübergreifende Befassung einleiten und eine jugendpolitische Strategie für den Freistaat Sachsen erarbeiten soll. In diesen Arbeitsprozess werden nach Aussage der Staatsministerin die Fachverbände der Jugendhilfe sowie die Wohlfahrtsverbände einbezogen, ein in jeder Hinsicht notwendiger Schritt.

Seitens der AG Eigenständige Jugendpolitik wird der Diskussionsprozess der vergangenen Jahre fortgeführt und verstärkt auf andere gesellschaftliche Bereiche ausgedehnt. Hier besteht der einende Anspruch darin, die Themen und Fragestellungen auf den Ebenen der Kommunen und Landkreise ebenso wie mit den Verantwortungsträgern im Freistaat Sachsen zu diskutieren und in andere Handlungsfelder hinein zu tragen sowie die Arbeit der IMAG zivilgesellschaftlich zu begleiten.

Die jugendpolitischen Sprecher werden die Grundzüge sowie die Perspektive einer EJP in den parlamentarischen Raum tragen, werden versuchen, die jeweiligen Fraktionen mitzunehmen. Herausfordernd und gleichzeitig notwendig ist der Transferprozess, die Frage, wie innerhalb der Parteien bzw. der kommunalen Familie diese Gedanken zu den Bürgermeister/innen und Gemeinderäten getragen werden können, etwa über die Bildungswerke für Kommunalpolitiker/innen, durch spezielle Schulungen für Mandatsträger/innen o.ä.

Der öffentliche und transparente Dialogprozess, die Beteiligung von Jugendlichen, von lokalen Akteuren und arbeitsfeldübergreifenden Verantwortungsträger/innen, leistet einen wesentlichen Beitrag zum politischen und gesellschaftlichen Funktionieren im Freistaat Sachsen. Schritt für Schritt werden hier und in anderen Angeboten vor Ort neue Formate und Zugänge entwickelt, aus denen neue Chancen für Beteiligungs- und Meinungsbildungsprozesse erwachsen, gerade auch für die jüngere Generation. Neben analogen Räumen des Dialogs werden dies auch digital gestützte Beteiligungs- und Meinungsbildungsprozesse sein müssen.

Durch die Verantwortlichen in den Unterstützungsstrukturen der Jugendarbeit/Jugendhilfe vor Ort wird mit dem Entwicklungsprozess einer EJP auch die Erwartung verknüpft, die Verlässlichkeit hinsichtlich der Bereitstellung von Ressourcen sowie das Vertrauen in ein partnerschaftliches Miteinander qualitativ zu verbessern. Angebote, Freiräume und Unterstützung für Jugendliche in den Gemeinden und Städten, um eigene Ideen, ggf. Projekte zu entwickeln und umzusetzen, benötigen politischen Rückenwind, transparente Rahmenbedingungen und Planungssicherheit für alle Beteiligten. Für die Jugendarbeit als bedarfs- und lebensweltnaher Sensor und prädestinierter Motor der kommunalen Jugendpolitik erwachsen aus diesem Entwicklungsprozess neue Aufgaben.

Im gesellschaftlichen Miteinander, in der Ansprache und dem Ernstnehmen junger Menschen entsprechen die Ansprüche einer EJP vielmals der Notwendigkeit eines kulturellen Wandels, eines entwicklungs-offenen Prozesses, in dem die Wahrnehmung, die Haltung und das Verhalten von Jugendlichen wie Erwachsenen sich schrittweise verändern werden. Für die gesellschaftliche Kommunikation sowie die Vorbereitung des Transfers auf die Ebene der örtlichen Verantwortungsträger könnte eine wahrnehmbare, öffentliche Auftaktveranstaltung einen wichtigen Meilenstein markieren und deutlich machen, dass dieser kulturelle Wandel im Freistaat Sachsen gewollt ist.

In der Formulierung und strategischen Ausrichtung einer EJP in Sachsen sind neben den hier benannten Instrumenten und Ansatzpunkten wissenschaftliche Verfahren zur Analyse und zum Monitoring der Lebensbedingungen junger Menschen notwendig. Eine kontinuierliche, auf die Anforderungen und Handlungsfelder einer EJP ausgerichtete Jugendberichterstattung liefert auf Basis einer fundierten statistischen Erhebung die notwendige Datengrundlage, um Informationen und Ergebnisse aus Beteiligungsverfahren gewichten und interpretieren zu können sowie Aussagen und Festlegungen für ein jugendpolitisches Konzept im Freistaat Sachsen treffen und fiskalisch untersetzen zu können. Die Einführung eines Jugendchecks zur Folgeabschätzung von Verwaltungsentscheidungen und Gesetzgebungsverfahren auf die Lebensverhältnisse und Zukunftschancen junger Menschen würde als Controllinginstrument zwischen Monitoring und jugendpolitischem Konzept die Wirksamkeit strategischer Maßgaben absichern helfen.

---

**#lassunsreden ist eine Veranstaltungsreihe der Arbeitsgruppe für eine EIGENSTÄNDIGE JUGENDPOLITIK in Sachsen.**



**JUST – Jugendstiftung Sachsen**

Neefestrasse 82  
09119 Chemnitz

Tel.: (0371) 533 64 - 14  
Fax: (0371) 533 64 - 26

E-Mail: [info@jugendstiftung-sachsen.de](mailto:info@jugendstiftung-sachsen.de)

[www.jugendstiftung-sachsen.de](http://www.jugendstiftung-sachsen.de)

Projekt Jugendpolitik braucht  
E-Mail: [jugendpolitik@jugendstiftung-sachsen.de](mailto:jugendpolitik@jugendstiftung-sachsen.de)